



Protokoll

Delegiertenversammlung LEGR 2017

Mittwoch, 27. September 2017
Blauer Saal, Hotel Kurhaus, Bergün

Der Einladung des LEGR sind gut 20 Gäste und 117 Delegierte gefolgt.

Traktanden

1. Begrüssung
2. Protokoll der DV vom 28. September 2016 in Maienfeld
3. Jahresbericht der GL LEGR
4. Anstehende Geschäfte
5. Fremdspracheninitiative Graubünden
6. Doppelinitiative gegen LP 21 Graubünden „Gute Schule GR - Mitsprache bei Lehrplänen“
 - a. Stellungnahme durch Initiativkomitee
 - b. Haltung der GL
 - c. Fragen/ Meinungen
 - d. Abstimmung über Anträge der GL LEGR (s. Beilage)
7. Rechnung
 - a. Abschluss der Jahresrechnungen LEGR 2016/17 und Unterstützungskasse 2016/17
 - b. Bericht des Revisors und der Revisorin
8. Wahlen: Revision
9. Budget
 - a. Budget 1.9.2017 – 31.7.2018, Festlegung des Jahresbeitrages 2017/18
 - b. Ausblick
10. Zukünftige Jahrestagungen LEGR
11. Anträge von Schulhausteams und angeschlossenen Fachorganisationen
12. Varia

1. Begrüssung

Sandra Locher Benguerel, Präsidentin LEGR kann die 117 Delegierten (Schulhausdelegierte, Kommissionsmitglieder, Vertreterinnen der Mitgliedverbände), die Gäste, die RevisorInnen und die vollzählige Geschäftsleitung LEGR begrüssen. Zusammen mit der Geschäftsleitung sind 125 Stimmberechtigte anwesend.

Die Schüler und Schülerinnen der Lehrerin Veronika Christoffel der Schule Bergün singen zur Eröffnung ein paar schöne Lieder.

Gemeindepräsident Peter Nicolay bringt eine mit Humor gepfefferte Rede und Ursina Patt (VSLGR) überbringt die Grüsse der Partnerverbände VSLGR und SBGR.

Als Stimmzählende wurden Armin Bearth und Simone Pedrun gewählt.

2. Protokoll der Delegiertenversammlung vom 28. 9. 2017 in Maienfeld

Das Protokoll der DV 2016, an die Schulhausteams versandt und auf der Website des LEGR allgemein publiziert, wird genehmigt und verdankt.

3. Jahresbericht der Geschäftsleitung LEGR

Präsidentin Sandra Locher Benguerel geht bei dem im Bündner Schulblatt 2017/4 publizierten Jahresbericht noch auf folgende Punkte genauer ein:

- Fiutscher
- Finance Mission
- Referat mit SBGR und VSLGR
- Pensioniertenclub
- Kommunikation
 - via Schulhausdelegierte
 - via Website
 - via Facebook
 - via Bündner Schulblatt: Vereinsorgan - mit breiter Redaktion. Fabio Cantoni verdankt Peter Reiser und Madeleine Bacher für die geleistete Mitarbeit
- Dank an GL-Mitglieder, insbesondere die Vizepräsidentin und den GSL.

Der Jahresbericht wird einstimmig genehmigt.

4. Anstehende Geschäfte

Diskriminierungsklage für einen gerechten Kindergartenlohn

Die Delegiertenversammlung und Fraktionsversammlung Kindergarten stimmten 2016 dem Auftrag zu, die Diskriminierungsklage für einen gerechten Kindergartenlohn auszulösen. Die eingesetzte Projektgruppe zeichnet sich in Zusammenarbeit mit dem Juristen und der Juristin dafür verantwortlich. Die Vorbereitung einer Kombination von Verbands- und Einzelklagen ist abgeschlossen und die Klagen sind Ende September beim Verwaltungsgericht Graubünden eingereicht worden. Nun steht die gerichtliche Auseinandersetzung an.

Fremdsprachenunterricht

Die Frage der Regelung des Fremdsprachenunterrichts in der Volksschule ist und bleibt ein Dauerbrenner. Im kommenden Verbandsjahr betrifft uns diese konkret. Die Regierung wird voraussichtlich anfangs 2018 eine Botschaft zur Fremdspracheninitiative vorlegen. Danach soll, vorbehaltlich der Zustimmung der Delegiertenversammlung, eine Urabstimmung bei allen Bündner Lehrpersonen durchgeführt werden. Nur bei einem qualifizierten Mehr (66.7 %) wird sich der Verband aktiv am Abstimmungskampf beteiligen. Der Zeitpunkt der Abstimmung ist noch offen. Veränderungen wird es trotzdem auf absehbare Zeit keine geben, denn die Initiative ist als allgemeine Anregung formuliert, dies bedeutet, dass es bei einer allfälligen Annahme der Initiative zuerst eine konkrete Gesetzesanpassung braucht.

Mit Interesse erwarten wir die Umsetzung des Auftrags des Grossen Rates zur Förderung der Sprachaustauschaktivitäten im Kanton Graubünden.

Lehrplan 21 Graubünden

Allgemein

Die Einführung des Lehrplans 21 Graubünden wurde von der Regierung aufs Schuljahr 2018/19 hin beschlossen (3. Oberstufe im 2019/20). Die Geschäftsleitung LEGR hat sich im letzten Jahr im Rahmen ihrer Möglichkeiten in der Resonanzgruppe eingebracht und möchte diesen kritisch-konstruktiven Weg der Begleitung fortsetzen (unter Vorbehalt der Abstimmung durch die Delegierten). Die Präsidentin wird weiterhin Einsitz in der Resonanzgruppe des EKUDs haben. Sie setzt sich für eine praxistaugliche Umsetzung in

Graubünden ein. Im Namen der Geschäftsleitung bringt sie jeweils ausgearbeitete Themen und Positionen in die Resonanzgruppe. Ein nächster Schwerpunkt wird die Umsetzung der Individualisierung in der Oberstufe sein. Ein weiterer Meilenstein wird im Frühling 2018 die Kommunikation des LP 21 den Erziehungsberechtigten gegenüber sein, hierzu wird das AVS einheitliche Grundlagen zur Verfügung stellen.

Initiative

Die Regierung wird voraussichtlich im Frühling 2018 die Botschaft zur Doppelinitiative „Gute Schule Graubünden- Mitsprache bei Lehrplänen“ präsentieren. Der Zeitpunkt der Abstimmung ist noch offen. Der Lehrplan 21 löst nicht alle Herausforderungen der heutigen Volksschule, er stellt jedoch den Lehrerinnen und Lehrern ein Planungsinstrument zur Verfügung, welches die Bedürfnisse der heutigen Gesellschaft so gut wie möglich abbildet und auf die neuen pädagogischen Entwicklungen eingeht. Den Lehrplan 21 Graubünden rückwirkend zu bekämpfen und die Volksschule durch die Mitsprache des Grossen Rates und allenfalls des Volkes bei Lehrplänen zu verpolitisieren, erschwert die Weiterentwicklung der Bündner Schule. Unter Vorbehalt der Zustimmung der Delegiertenversammlung wird sich der LEGR aktiv gegen diese Doppelinitiative aussprechen und im kommenden Verbandsjahr mit den Vorbereitungen für den Abstimmungskampf beginnen.

Forderungen zu den Arbeitsbedingungen

- Grundsätzliches

Anlässlich der Totalrevision des Bündner Schulgesetzes wurden verschiedenen Forderungen des LEGR erfüllt. Andere blieben auf der Strecke. Die Inkraftsetzung des neuen Bündner Schulgesetzes per 1.8.2013 liegt vier Jahre zurück. Seither hat sich der LEGR in Bezug auf die Forderungen bezüglich Arbeitsbedingungen eher zurückgehalten und sich auf die Umsetzung der Verbesserungen im neuen Schulgesetz konzentriert. Es ist nun an der Zeit, das Heft auch bezüglich der offenen Forderungen wieder in die Hand zu nehmen.

Beispiele

- Löhne

Bei der Totalrevision des Bündner Schulgesetzes hat der LEGR viel erreicht. Insbesondere die Lohnerhöhung in Richtung des Ostschweizer Mittels. Da die Löhne der Kindergartenlehrpersonen auch mit der neuen Lohntabelle noch weit entfernt vom Ostschweizer Mittel liegen, hat der LEGR im Anschluss an die Schulgesetzgebung die Lohnforderung der Kindergartenlehrpersonen priorisiert und sich im Bereich der Anstellungsbedingungen auf die Erarbeitung einer Diskriminierungsklage konzentriert.

- Unterrichtspensum

Im Bereich der Unterrichtspensen wurde die Entlastungslektion für Klassenlehrpersonen ins Gesetz aufgenommen sowie die Reduktion um eine Lektion des wöchentlichen Pensums beschlossen. Da sich mit der Einführung des Lehrplans 21 Graubünden ab dem Schuljahr 2018/2019 die Unterrichtswochen um eine Woche auf 39 erhöhen wird, fällt diese Reduktion dann wieder weg. In Zusammenhang mit der Umsetzungsphase des Lehrplans 21 konnten wir gemeinsam mit den Partnerverbänden erwirken, dass die 39. Schulwoche für die obligatorische Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer eingesetzt wird. Ab dem Schuljahr 2021/2022 umfasst ein reguläres Schuljahr 39 Wochen für alle.

Geplante Schritte

Die Geschäftsleitung erarbeitet ein internes Grundlagenpapier. Aus diesem werden Schwerpunkte der anzugehenden Themen bestimmt und Analysen zu den einzelnen Forderungen gemacht. Dabei ist der Geschäftsleitung der Einbezug der Basis wichtig. Deshalb werden voraussichtlich im Frühling 2017 die Schulhausteams via Schulhausdelegierten nach ihrer Priorisierung der Forderungen gefragt. Die Resultate bilden die Basis für die weiteren Schritte der Umsetzung.

Der LCH wird ab Oktober 2017 bis September 2018 eine Arbeitszeiterhebung bei den Lehrpersonen durchführen. Der LEGR ist sehr daran interessiert, dass an dieser Umfrage möglichst viele Bündner Lehrpersonen teilnehmen, damit eine eigene Auswertung der Ergebnisse für Graubünden erstellt werden kann. Denn aus statistischen Gründen gibt es eine Untergrenze der Stichprobengrösse, die für eine kantonale Auswertung erreicht

werden muss. In Anbetracht der anstehenden Forderungen benötigen wir aktuelle und statistisch relevante Ergebnisse.

Rahmenbedingungen Integration

Nachdem wir beim AVS/EKUD keinen Erfolg hatten, unser Paket der Vorschläge zur Integration durchzusetzen, wollen wir im kommenden Jahr einzelne Punkte auswählen und konkret angehen. Hinsichtlich der überwiesenen Aufträge des Grossen Rates im Bereich der Integration und der voraussichtlich im Jahr 2019 stattfindenden Vernehmlassung zu einer Teilrevision des Schulgesetzes in diesem Bereich, wird die GL eine Strategie festlegen, wann ob und wie die Umfrage bei den Lehrpersonen zur Integration wiederholt werden soll.

Die Überarbeitung der Weisungen zum Förderunterricht für Fremdsprachige Schülerinnen und Schüler soll mit dem AVS und dem VSLGR angegangen werden.

Kantonale und interkantonale Zusammenarbeit

Die GL LEGR kann auf einen guten Kontakt mit dem Schulbehördenverband SBGR, dem Schulleiterverband VSLGR und der Pädagogischen Hochschule Graubünden PHGR zählen. Die GL LEGR ist überzeugt von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit unter den Verbänden und will weiterhin auf einen intensiven Austausch am „Runden Tisch“ setzen. Dabei ist es durchaus üblich, dass schulische Themen, unterschiedliche Standpunkte und Anliegen offen diskutiert werden. Jetzt, im Herbst 2017, soll gemeinsam mit den anderen Verbänden ein OK gegründet werden, welches mit den Vorbereitungen für den gemeinsam verantworteten Bildungstag 2019 startet. Auch die interkantonale Zusammenarbeit ist für den LEGR von grosser Wichtigkeit. Durch die Mitarbeit in unserem Dachverband LCH oder in der ROSLO (Ostschweizer Lehrpersonenorganisationen) ist die GL LEGR eingebunden und hat damit Zugang zu aktuellem Datenmaterial und zur nationalen Diskussion in bildungspolitischen Fragen.

LEGR intern

- Öffentlichkeitsarbeit

Für die Wahrnehmung des Verbandes ist die Präsenz in der Öffentlichkeit und in den Medien wichtig. Der Ausschuss, bestehend aus der Präsidentin und dem Geschäftsführer, ist für diese Aufgabe zuständig. Sie machen dies mit Communiqués und Stellungnahmen in der Tagespresse, der Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen und Podien und mit der Herausgabe des Bündner Schulblattes.

Einen intensiven Austausch möchte die GL weiterhin auch mit der Politik pflegen. Deshalb soll nach den Parlamentsneuwahlen im Juni 2018 wiederum eine Gruppe bildungsinteressierter Grossrätinnen und Grossräte gebildet werden.

- Neue Mitgliedersoftware

In Zusammenarbeit mit anderen Kantonalsektionen sowie dem LCH, soll im Juni 2018 eine neue Mitgliedersoftware für den LEGR eingerichtet werden. Die heutige Software hat ihren Ursprung in den 70er Jahren und stammt von einer Einzelfirma, dessen Inhaber nun in Pension ist. Die neue Software wird bedienungsfreundlich sein.

- Basisbezug stärken

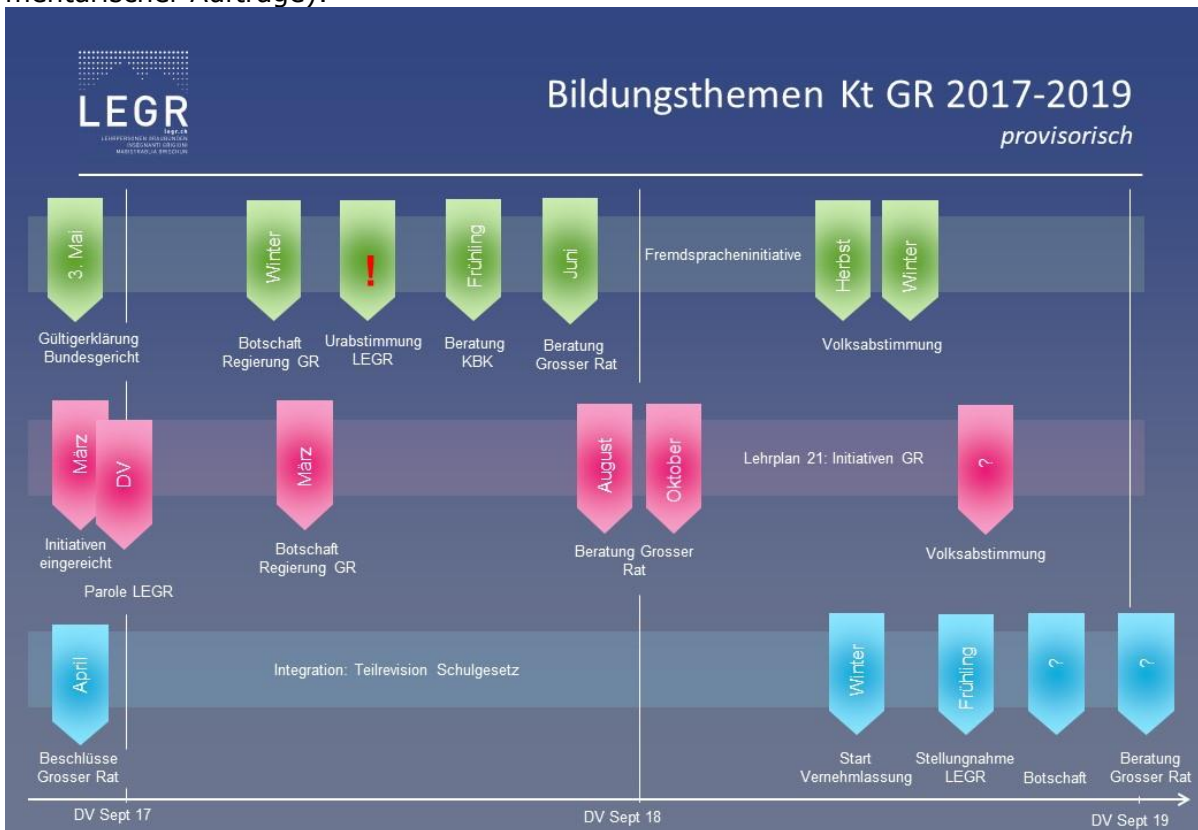
Die Verbindung zu unseren Schulhausdelegierten soll aktiv gepflegt werden. Dabei soll auch die Mitbestimmung der Basis genug Gewicht erhalten. Einerseits mit der Urabstimmung zur Fremdspracheninitiative andererseits mit unserer Umfrage bei den Schulhausdelegierten zur Priorisierung unserer Forderungen zu den Arbeitsbedingungen.

- Pensioniertenclub

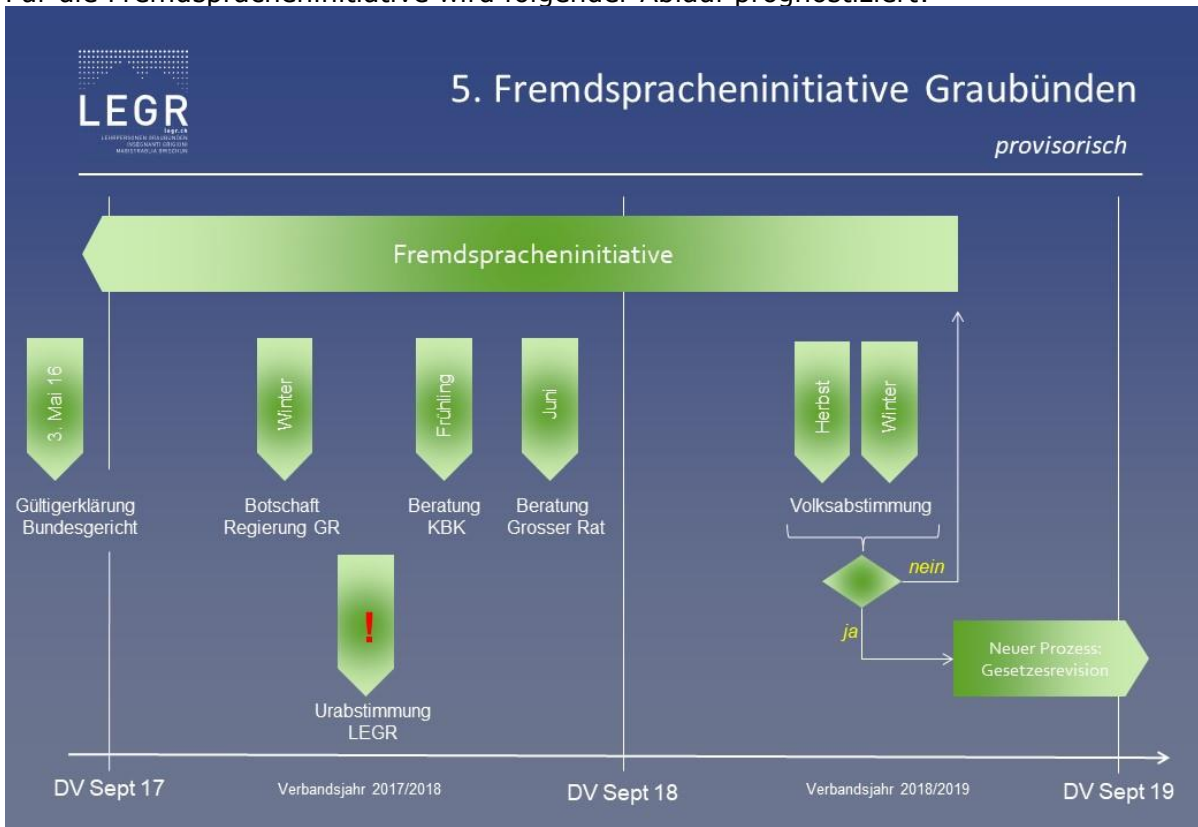
Der Pensioniertenclub hat mit einer gut besuchten Veranstaltung fulminant gestartet. Nun geht es im kommenden Vereinsjahr darum, eine genügend grosse Teilnahme der Clubmitglieder an den Ausflügen und anderen Angeboten zu sichern.

5. Fremdspracheninitiative

Die Präsidentin zeigt mit übersichtlichen Folien die auf den LEGR von aussen zukommenden politischen Geschäfte (Volksabstimmungen und Umsetzungen parlamentarischer Aufträge):



Für die Fremdspracheninitiative wird folgender Ablauf prognostiziert:



Die Delegiertenversammlung 2012 hat betreffend der Fremdspracheninitiative beschlossen:

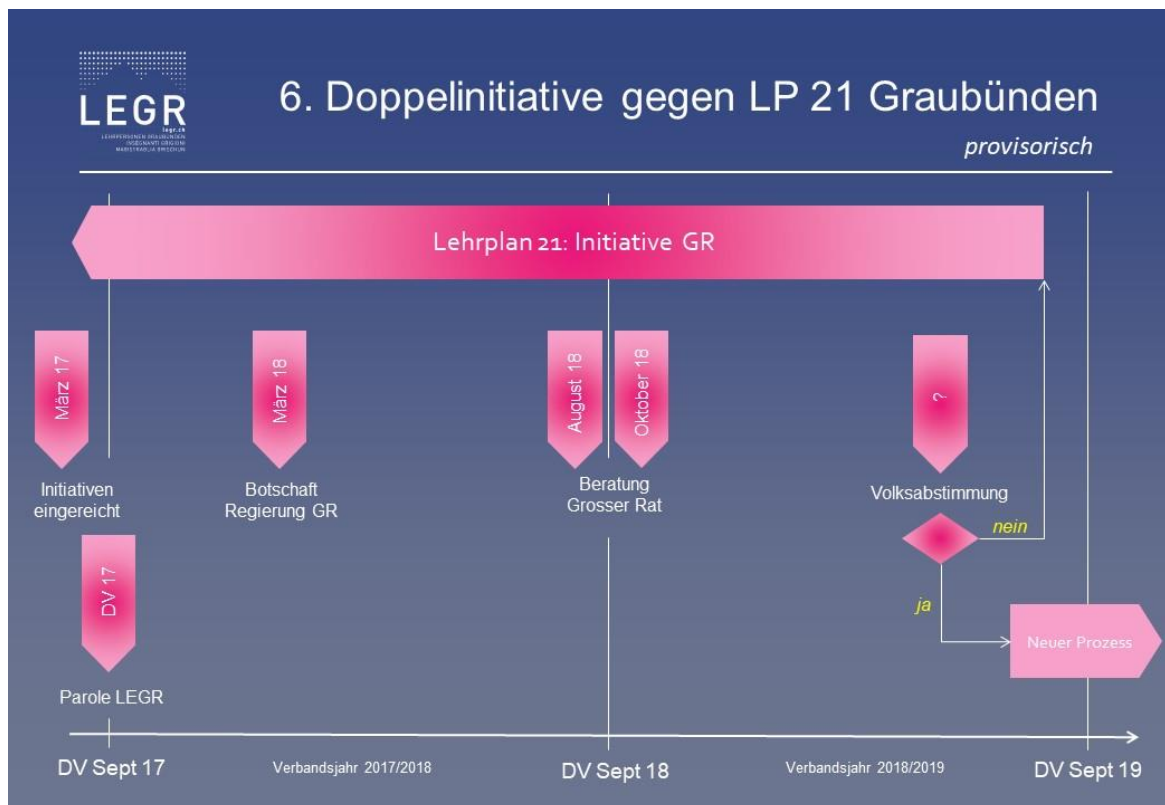
„Bei allen Aktivmitgliedern wird eine Basisumfrage über Unterstützung oder Ablehnung der Fremdspracheninitiative durchgeführt. Nur ein qualifiziertes Mehr (66.7 %) für oder gegen die Initiative beauftragt den LEGR respkt. deren Geschäftsleitung, sich am Abstimmungskampf zu beteiligen.“

Die Geschäftsleitung LEGR ist der Ansicht, dass die Initiative den LEGR auseinander reissen könnte. Sie betrachtet deshalb die Urabstimmung und ein zurückhaltender Umgang im Abstimmungskampf immer noch als den richtigen Weg. Sie beantragt deshalb der Delegiertenversammlung, den Beschluss 2012 zu bestätigen.

Die Delegierte Carola Bezzola wirbt für die heutige Lösung bei den Frühfremdsprachen. Man sei damit immer gut gefahren.

Das Abstimmungsergebnis ist eindeutig: 124 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung

6. Doppelinitiative gegen LP 21 Graubünden „Gute Schule GR - Mitsprache bei Lehrplänen“



a) Stellungnahme durch Initiativkomitee

Das Initiativekomitee hat kurzfristig seine Teilnahme an der DV LEGR abgesagt. Der Leiter der Geschäftsstelle LEGR liest die Begründung der Absage vor. Diese löst keine Wortmeldung aus.

b) Haltung der Geschäftsleitung LEGR

Für die Geschäftsleitung LEGR macht die Präsidentin die Ausführungen: Bei der im März eingereichten Initiative 2017 liegt spätestens im März 2018 die

regierungsrätliche Botschaft vor. Im Herbst wird sie im Grossen Rat behandelt werden und so erst im kommenden Vereinsjahr vors Volk gelangen.

Die Delegiertenversammlung LEGR hat sich schon mehrfach zum Lehrplan 21 geäussert - immer mit einer kritisch-konstruktiven Haltung. Im August 2018 wird der Lehrplan 21 eingeführt. Die Geschäftsleitung hat sich mit viel Energie in den Prozess eingegeben, um dem Lehrplan 21 Graubünden praxistauglich zu machen helfen. Im Anhang zum Jahresbericht LEGR findet sich der Bericht zu unserer Mitarbeit in der kantonalen Resonanzgruppe zum Lehrplan 21. Der Lehrplan 21 ist nicht das Werk des LEGR, doch die Geschäftsleitung LEGR sieht in ihm ein brauchbares Planungsinstrument ohne Alternative.

In anderen Kantonen wurden über vergleichbare Initiativen schon abgestimmt - und immer mit einer klaren Mehrheit von 66-77% Nein abgelehnt. Graubünden wird vermutlich der letzte Kanton sein, der darüber abstimmt. Und dies nachdem der Lehrplan 21 eingeführt ist und viele Weiterbildungen schon stattgefunden haben.

Die Geschäftsleitung LEGR lehnt die Doppelinitiative gegen den Lehrplan 21 ab: Sie bevorzugt für die Schule Fachwissen statt politische Grabenkämpfe, sie will keine Isolierung Graubündens. Das Parlament und mittels Referendum auch das Volk sollen den gesetzmässigen Rahmen bestimmen. Bildungsinhalte bestimmt die Regierung aufgrund von fachlichen Inputs, auch von uns Lehrpersonen. Schlussendlich ist es aber immer noch die einzelne Lehrperson, die die Kinder unterrichtet. Die Wahl der Methode obliegt ihr. Die Annahme der Doppelinitiative würde Stillstand bedeuten. Und genau das kann sich die Bündner Volksschule nicht leisten.

c) Fragen / Meinungen

Die von Geschäftsleitungsmitglied Andreas Spinas geleitete Diskussion ist angesichts des Fehlens des Initiativkomitees kurz. Der Schulhausdelegierte von Lenzerheide, Erhard Brenn, bedankt sich fürs Dossier. Es bedeutet für ihn eine grosse Argumentationshilfe. Beni Bardill von der Schule Conters zeigt auf, dass so wenig das Volk den Ärzten vorschreibt, wie sie zu operieren haben, der Polizei vorschreibt, wie sie Verbrecher jagen soll, den Ingenieuren die Baunormen vorschreibt, so wenig soll das Volk den Lehrpersonen vorschreiben können was und wie sie unterrichten sollen.

d) Abstimmung über Anträge der GL LEGR

1. Die Delegiertenversammlung LEGR unterstützt den Lehrplan 21 Graubünden und erneuert den Auftrag an die Geschäftsleitung LEGR, die Umsetzung weiterhin kritisch-konstruktiv zu begleiten.

Abstimmung ohne Diskussion: 125 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen

2. Die Delegiertenversammlung LEGR lehnt die Doppelinitiative (Verfassungsinitiative „Gute Schule Graubünden- Mitsprache bei wichtigen Bildungsfragen“ und Gesetzesinitiative „Gute Schule Graubünden- Mitsprache bei Lehrplänen“) ab.

Abstimmung ohne weitere Diskussion: 123 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung

3. Die Delegiertenversammlung LEGR will, dass sich der LEGR unter der Führung der Geschäftsleitung aktiv gegen die Doppelinitiative einsetzt.

Abstimmung ohne weitere Diskussion: 116 Ja, 5 Nein, 4 Enthaltungen

4. Für die Vorbereitung und die Umsetzung des Abstimmungskampfes gegen die Doppelinitiative bewilligt sie für das Vereinsjahr 2017/18 Fr. 20'000.- aus der Projektkasse. Das Budget 2018/19 wird an der folgenden Delegiertenversammlung bestimmt.

Kaspar Joos, Schulhausdelegierter Maienfeld, fragt, ob es notwendig ist, dass da Geld aufgeworfen wird, weil das Abstimmungsergebnis absehbar ist und andere Kräfte wie der Gewerbeverband und die meisten Parteien sich in Zeug legen könnten. Jöri Schwärzel

befürchtet eine Irritation, wenn die Direktbetroffenen sich nicht aktiv mit finanziellen Ressourcen am Abstimmungskampf beteiligen.

Martin Bodenmann, Trimmis, stellt den Antrag, den finanziellen Beitrag des LEGR an den Abstimmungskampf auf Fr. 20'000.- begrenzen.

Die Geschäftsleitung LEGR stellt sich nicht gegen diesen Antrag.

1. Abstimmung zu diesem Antrag: 66 Ja, 38 Nein, 21 Enthaltungen

2. Abstimmung zum Antrag der Geschäftsleitung inkl. der in der ersten Abstimmung beschlossenen Begrenzung nach oben: 112 Ja, 6 Nein, 7 Enthaltungen

7. Rechnung

a) Abschluss der Jahresrechnungen LEGR 2016/17 und Unterstützungskasse 2016/17

Die Jahresrechnungen LEGR und Unterstützungskasse vom 1.8.2016 bis 31.7.2017 liegen vor.

Geschäftsstellenleiter Jöri Schwärzel stellt die Jahresrechnungen vor:

- Hauptkasse LEGR: Die Jahresrechnung schliesst bei Einnahmen von Fr. 510'069.70 und Ausgaben von Fr. 510'396.20 mit einem *Verlust von Fr. 326.50*

Das *Eigenkapital* des LEGR beträgt am 31. Juli 2017 *Fr. 669'472.89, was einer Minderung von Fr. 22'137.35 entspricht.*

- Unterstützungskasse LEGR: Das Vermögen der Unterstützungskasse verminderte sich um Fr. -324.25 auf Fr. 173'320.68.

b) Bericht der RevisorInnen

Sandra Bucher-Gabathuler und Urs Stirnimann haben die beiden Rechnungen geprüft und empfehlen der Versammlung, sie zu genehmigen.

Die Entlastung der Geschäftsleitung und des Geschäftsstellenleiters erfolgt für die Kasse LEGR wie für die Unterstützungskasse einstimmig.

8. Wahl Revision

Sandra Bucher-Gabathuler stellt sich für eine neue Amtsperiode zur Verfügung und *wird mit Applaus bestätigt.*

9. Budget

a) Budget für die Rechnungsperiode vom 1.8.2017 – 31.7.2018

Die Geschäftsleitung LEGR präsentiert ein Budget mit Fr. 30'000.- Verlust. Fr. 25'000.- des Verlusts gehen auf die anzuschaffende Mitgliederverwaltungssoftware zurück, die zur Hälfte dem kommenden Vereinsjahr belastet wird. Das nächste Vereinsjahr wird dann nochmals belastet werden müssen. Angesichts der guten Finanzlage kann dies verkraftet werden, solange es nicht ein strukturelles Defizit ist.

Präsidentin Sandra Locher Benguerel kündigt aber an, dass der Dachverband die Mitgliederbeiträge vermutlich in Zukunft anhebt, was auch für uns Konsequenzen hat, respektive eine Mitgliederbeitragserhöhung nach sich ziehen würde.

b) Festlegung des Jahresbeitrags 2017/18

Die Geschäftsleitung LEGR schlägt vor, die Mitgliederbeiträge beizubehalten: Passiv: Fr. 40.-, Teilpensum: Fr. 100.-; Halbpensum: 160.-; Vollpensum 220.-. Dies bei einem Abo-Preis fürs Schulblatt für Mitglieder von Fr. 25.-.

Das Budget unter Beibehaltung der bisherigen Jahresbeiträge wird einstimmig genehmigt.

10. Zukünftige Jahrestagungen LEGR

Es wird immer schwieriger, dass die Delegierten LEGR an einem Mittwochvormittag durch die eigenen Vorgesetzten von der Unterrichtszeit freigestellt werden, um an der Delegiertenversammlung LEGR teilnehmen zu können. Damit allen Delegierten die Teilnahme möglich ist und damit die Zweck- und Rechtmässigkeit der Delegiertenversammlung LEGR gesichert ist, sieht die Geschäftsleitung LEGR keine andere Möglichkeit, als dem Druck der Partnerverbände (insbesondere SBGR) nachzugeben und die Delegiertenversammlung LEGR ausserhalb der Unterrichtszeit zu organisieren. Das bedeutet, dass die Jahrestagung an einem Samstag stattfinden soll.

Die Geschäftsleitung LEGR beantragt deshalb, den Beschluss der DV 2015 aufzuheben und ihr, der Geschäftsleitung LEGR, die Kompetenz zu geben, ab der Jahrestagung 2019 den Wochentag für die Jahrestagung (inkl. Delegierten- und Fraktionsversammlung, etc.) festzulegen. Es gab eine lebhafte Diskussion.

Die Abstimmung ist relativ knapp: 57 Ja, 46 Nein, 22 Enthaltungen

11. Anträge von Schulhausteams und angeschlossenen Fachorganisationen

Es sind keine Anträge eingegangen.

12. Mitteilungen und Umfrage

- Marion Heidelberger, die ein letztes Mal den LCH an unserer Delegiertenversammlung vertritt, wird von der Präsidentin verdankt und mit weissen Rosen verabschiedet.
- Unser Gastgeber Christof Steiner vom Hotel Kurhaus und sein Team erhalten unseren Dank.
- Die Präsidentin kündigt die zwei nächsten Jahrestagungen an, den Mittwoch 26. September 2018 und den Samstag 21. September 2019.
- Romy Haueter macht Werbung für das Volleyballturnier für Lehrer und Lehrerinnen: 11. November 2017.
- Die Pensionskasse Graubünden führt Wahlen in die Verwaltungskommission durch. Der Verband der Kantonsschulehrpersonen und der LEGR haben sich zusammengesetzt und stellen einen Kandidaten: Joseph Züger. Die Schulhausdelegierten und die Mitglieder werden noch per Email über die Wahlen orientiert.

Die Delegierten und die Gäste sind zum Mittagessen eingeladen. Weitere 250 Tagungsteilnehmende treffen ein. Der Nachmittag startet mit den fünf Fraktionsversammlungen Kindergarten, Primar, Sek 1, Handarbeit & Hauswirtschaft und

Heilpädagogik. Nach dem Zvieri überbringt Regierungsrat Martin Jäger die Neuigkeiten aus dem EKUD. Der Referent Wolfgang Endres vermag die Anwesenden zu packen, zu unterhalten und wichtige Denkanstösse zu geben.

Jöri Schwärzel, Leiter der Geschäftsstelle LEGR
Bergün, den 27. September 2017